

Inhaltsverzeichnis

I. Vertragliche Rahmenbedingungen der deutschen Einheit	
1 Staatsvertrag	7
1.1 Wirtschaftsunion	7
1.2 Sozialunion	9
1.3 Staatshaushalt und Finanzen	11
2 Einigungsvertrag	12
2.1 Schuldenregelung	12
2.2 Treuhand- und Finanzvermögen	13
2.3 Eigentumsfrage und Wirtschaftsförderung	13
2.4 Arbeits- und sozialrechtliche Regelungen	14
II. Marktwirtschaftliche Umstrukturierung in Ostdeutschland und die Konsequenzen für die gesamtdeutsche Politik	
1 Zwischenbilanz: Unterschiedliche wirtschaftliche Entwick- lung und die Spaltung des Arbeitsmarktes in Deutschland ..	21
1.1 Das wirtschaftliche Wachstum: die Entwicklung des Bruttosozialprodukts	21
1.2 Die Investitionen	25
1.3 Ostdeutscher Handel mit Osteuropa	32
1.4 Die Arbeitsmarktentwicklung	34
2 Prämisse der Politik der deutschen Integration	43
2.1 Das Verfassungsgebot der Einheitlichkeit der Lebens- verhältnisse	43
2.1.1 Konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis	43
2.1.2 Gemeinschaftsaufgaben	43
2.1.3 Finanzhilfen des Bundes für Investitionen der Länder und Gemeinden	45
2.1.4 Der vertikale Finanzausgleich	46
2.2 Das politische Ziel der Angleichung der Lebens- verhältnisse	49

3	Politikkonzeptionen und -strategien zur deutschen Integration: Marktliche versus politische Steuerung	50
3.1	Die angebotsorientierte Konzeption und ihr einigungsbedingter politischer Bedeutungsverlust	50
3.2	Die strukturkeynesianische Konzeption des Staatsinterventionismus und der einigungsbedingte Strategiewechsel zu mehr staatlichen Interventionen	56
4	Strukturpolitik	63
4.1	Begriffliche Abgrenzung: Die Strukturpolitik in ihrer sektoralen und regionalen Dimension	64
4.2	Planwirtschaftlich verursachte Strukturprobleme und Ansatzpunkte der Politik für die Bewältigung der Strukturkrise	66
4.3	Die Politik verstärkter strukturpolitischer Interventionen im vereinten Deutschland	71
4.3.1	Ordnungspolitische Rahmenbedingungen: Regelung der Eigentumsfragen und die Rolle der Treuhandanstalt	71
	a) Das marktwirtschaftliche Prinzip des Privateigentums	72
	b) Bundesverfassungsgerichtliche Entscheidung zur Bodenreform in der SBZ und politische Regelungen der Eigentumsfrage in Ostdeutschland	75
	c) Die Rolle der Treuhand: Privatisierung, Sanierung und Stilllegung	85
4.3.2	Die Politik der öffentlichen Infrastrukturförderung	92
4.3.3	Die Politik der Förderung privater Investitionen	95
4.3.4	Die Politik der Mittelumlenkung in der Mischfinanzierung und der teilungsbedingten Regionalförderung	100
	a) Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a GG	100
	b) Bundes-Finanzhilfen für Investitionen der Länder und Gemeinden nach Art. 104a GG	102
	c) Abbau der teilungsbedingten Regionalförderung	105

5	Arbeitsmarktpolitik	109
5.1	Ziele und Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes ...	109
5.1.1	Kurzarbeitergeld	110
5.1.2	Förderung der beruflichen Bildung	111
5.1.3	Lohnkostenzuschüsse für schwervermittelbare Arbeitslose: Eingliederungsbeihilfen (EB) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	112
5.2	Übernahmeregelung des Arbeitsrechts und Sonder- regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes	114
5.2.1	Inkrafttreten des westdeutschen Kündigungsschutz- gesetzes im Beitrittsgebiet	114
5.2.2	Wichtige Ausnahmeregelungen im Arbeits- förderungsgesetz und ihre Kritik	115
	a) Altersübergangsgeld	115
	b) Kurzarbeitergeld	115
	c) FuU-Maßnahmen	117
	d) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	118
6	Sozialpolitik: Das Beispiel der Rentenpolitik	120
6.1	Grundlegende Regelungen der Hinterbliebenensicherung, der Kindererziehungszeiten und der Erwerbs- und Berufs- unfähigkeitsrenten	121
6.2	Das Rentenreformgesetz 1992	125
6.3	Die DDR-Alterssicherung und das Rentenüberleitungs- gesetz	129
6.3.1	Das Alterssicherungssystem der DDR: Leitideen und Ansatzpunkt für Reform	129
6.3.2	Die Umstellung des ostdeutschen Rentenver- sicherungssystems und Übergangsregelungen ...	132
7	Wohnungspolitik	134
7.1	Bilanz der Wohnungspolitik	135
7.1.1	Westdeutschland	135
7.1.2	Ostdeutschland	137
7.2	Wohnungspolitische Maßnahmen	142
7.2.1	Maßnahmen zur Schaffung einer marktwirt- schaftlichen Wohnungswirtschaft in Ostdeutsch- land	142
7.2.2	Relevante Änderungen der wohnungspolitischen Instrumente in Westdeutschland	143

7.2.3	Einigungsbedingte Politik: Ausweitung der Wohnungsbauförderung	144
7.3	Kritik und Ansatzpunkte für Reformen	147
III. Die finanziellen Folgeprobleme der deutschen Vereinigung und ihre politischen Folgerungen		
1	Die finanzielle Entwicklung in der Phase der deutschen Einigung	157
1.1	Immenser Anstieg der Staatsverschuldung	159
1.2	Zunehmende Abgaben- und Steuerbelastungen	172
1.2.1	Die Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosen- versicherung	173
1.2.2	Einführung des Solidaritätszuschlags	175
1.2.3	Erhöhung von Verbrauchsteuern	176
1.2.4	Das Steueränderungsgesetz 1992	177
2	Die Folgen für die Kredit-, Steuer- und Ausgabenpolitik im gesamtdeutschen Bundesstaat	179
2.1	Die Kreditfinanzierung	180
2.1.1	Grundsätzlicher und aktueller Anknüpfungspunkt: Die Kreditfinanzierung in der wirtschafts- und finanzpolitischen Kontroverse	180
2.1.2	Gesamtdeutsche Schuldenübernahme der staatlichen und betrieblichen Altschulden der DDR	182
2.1.3	Die Kreditfinanzierung über den Fonds Deutsche Einheit	185
2.1.3.1	Die Regelungen im einzelnen	185
2.1.3.2	Politische und verfassungsrechtliche Kritik an der Fondslösung	185
2.2	Steuerverteilung und Zuweisungen im vertikalen und horizontalen Finanzausgleich	189
2.2.1	Die Regelungen des Einigungsvertrags und ihre fiskalische Problematik	190
2.2.1.1	Die Beibehaltung der Verteilung der Steuer- quellen, des Aufkommens der Landessteuern und des Länderanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	191
2.2.1.2	Die Sonderregelungen des vertikalen Finanz- ausgleichs, des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen und ihre Kritik	191

2.2.2	Unsichere fiskalische Perspektiven in den ost-deutschen Ländern und Gemeinden	199
2.2.3	Ansätze für eine Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs	204
2.3	Ausgabenanstiege für die öffentliche Infrastruktur und die soziale Sicherung	206
2.3.1	Mehrausgaben für die Sanierung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur in Ostdeutschland	206
a)	Kosten des Aufbaus der Infrastruktur für Energie- und Wasserversorgung sowie den Umweltschutz	206
b)	Ausgabenwüchse für die Erneuerung und Modernisierung der Verkehrs- und Telekommunikations-Infrastruktur	208
c)	Höherer Ausgabenbedarf für die Verbesserung der Wohnungsversorgung	209
2.3.2	Ausgabenwüchse in der Sozialversicherung und die Folgen für den Bundesetat und die Versicherten	210
3	Schlußfolgerungen: Die Strategie der (finanz-)politischen Gestaltung der deutschen Einheit	218
3.1	Die Konsolidierungsstrategie politikberatender Institutionen und der Regierungspolitik	219
3.2	Alternativer Ansatz einer finanzpolitischen Strategie	221
3.2.1	Aktueller und grundsätzlicher Ansatzpunkt: Verteilungspolitische Aspekte der Staatsverschuldung	222
3.2.2	Vorbehalte gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	224
3.2.3	Notwendigkeit der Erhebung einer Ergüanzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	225
3.2.4	Die Zwangsanleihe als (Kredit-)Finanzierungsquelle	228
	Anhang	231
	Literatur	241
	Register	249